



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 3. Juni 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

26. Sitzung des Europaausschusses

*am Mittwoch, dem 28. Mai 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Der Ausschuss nahm zunächst einen **Bericht der Europaministerin über die Personalsituation im Hanse Office Brüssel, insbesondere der aktuellen Lage zu den unbesetzten Stellen**, auf Antrag der Abg. Astrid Damerow, [Umdruck 18/2836](#), entgegen. Hieran schloss sich eine umfassende Aussprache an. Das Ministerium wurde gebeten, bei den anderen in Brüssel bestehenden Landesvertretungen Hintergründe zur Art und Weise der Ausstattung und Besetzung ihrer Stellen abzufragen und dem Ausschuss dazu eine Übersicht zuzuleiten.

Der Ausschuss beschäftigte sich außerdem mit dem **Europabericht 2013 - 2014**, [Drucksache 18/1841](#). Er nahm den Bericht abschließend zur Kenntnis und sprach an das Ministerium die Bitte aus, schriftlich über die schwerpunktmaßige inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme in der neuen Förderperiode in Schleswig-Holstein zu berichten. Die Ausschussmitglieder nahmen außerdem in Aussicht, sich im Rahmen einer Sitzung nach der Sommerpause noch einmal gesondert mit der Arbeit der Nordsee-Kommission zu befassen.

Zum Antrag der Fraktion der CDU, **Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb**, [Drucksache 18/1865](#), und zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen**, [Drucksache 18/1872](#), führte der Ausschuss eine erste Beratungsrunde durch. Er kam überein, beide Anträge in seiner nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

Er beriet außerdem über den Antrag der Abg. Angelika Beer, **Verbot von dünnwandigen Einmal-Plastiktüten**, [Umdruck 18/2856](#), und bat den Umwelt- und Agrarausschuss, sich ebenfalls mit diesem Thema zu befassen und die Anregung aufzunehmen, hierzu eine gemeinsame Anhörung durchzuführen.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS**, [Drucksache 18/1860](#), kamen die Ausschussmitglieder überein, zu ihrer nächsten Sitzung, am Mittwoch, den 2. Juli 2014, den Landtagsdirektor und den Chef der Staatskanzlei einzuladen, um gemeinsam über die Vorlage zu beraten. In diesem Zusammenhang baten sie

außerdem um Zuleitung der in [Umdruck 18/2887](#) erwähnten Beratungsgrundlage der letzten Direktorenkonferenz zu diesem Thema.

Der Ausschuss nahm außerdem einen aktuellen **Bericht aus dem Ausschuss der Regionen** durch Abg. Poersch entgegen.

Die im Zusammenhang mit **Bundesratsangelegenheiten** vorgelegten [Umdrucke 18/2801](#) und [18/2857](#) nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Im Rahmen der **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**, [Umdruck 18/2850](#), baten die Ausschussmitglieder die Landesregierung um eine Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (KOM(2014) 167), im Hinblick darauf, ob sie die Subsidiaritätsbedenken, die vom Land Bayern in diesem Zusammenhang geäußert wurden, teilt.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen** - Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/1859](#)
- **Entwurf INTERREG-Nordseeprogramm 2014-2020**; Ergebnisse der Konsultation

Terminplanung:

4. September 2014, 16 Uhr	Gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft (die Fraktionen wurden gebeten, Themenvorschläge bis zum 2. Juli 2014 vorzulegen)
24. September 2014	Sitzung des Europaausschusses entfällt (ein Ersatztermin wird gesucht)
29. September 2014, 15 Uhr	Gemeinsame Sitzung Finanzausschuss und Europaausschuss: Haushaltsberatungen

Schluss: 12:00 Uhr

gez. i. V. Dörte Schönfelder